

Kommentare und Berichte

Die SPD nach Nürnberg

In einer Rückschau auf den Nürnberger SPD-Parteitag erläuterte Helmut Schmidt, einer der Stellvertreter Brandts im Parteivorsitz, dem „Vorwärts“ (28. 3. 1968), warum sich die Parteispitze den Eintritt in die Große Koalition nachträglich habe bestätigen lassen. Schmidt: „Diese Beschlüsse bedeuten das Ende der Diskussion, und nach guter sozialdemokratischer Tradition folgt auf die Vielfalt der Diskussion die Einheit der Aktion.“ Möglicherweise hätte Schmidt besser daran getan, im Konjunktiv zu formulieren. Es ist keineswegs sicher, daß das Votum einer äußerst knappen Parteitagsmajorität für den Eintritt in die Regierung mit den Unionsparteien das Ende der Diskussion innerhalb der SPD über diese Frage bringt. Völlige Gewißheit jedoch besteht darüber, daß sich die Parteispitze nichts sehnlicher als eben dieses Ende der innerparteilichen Auseinandersetzung wünscht. Sie hat in Nürnberg nicht unbeträchtliche Risiken auf sich genommen, um eine Reihe von Beschlüssen durchzusetzen, die sie zur Bekämpfung oder doch wenigstens zur Nichtbeachtung der Linksopposition in der Partei legitimieren sollen. Der versierte Taktiker Schmidt wird wissen, daß er mit der schönen Phrase von der „Einheit der Aktion“ angesichts der politischen Realitäten nach den Sternen gegriffen hat; ihm, Wehner und Brandt aber würde es wohl schon genügen, wenn die Gegner der Großen Koalition in die Passivität gedrängt werden könnten. In der Folgezeit wird die Parteispitze nicht versäumen, mit Hinweis auf Nürnberg die Unterordnung des Funktionsapparats und der Mitgliedschaft unter die von dem Regierungsbündnis mit den Unionsparteien gesetzten politischen

Prioritäten zu fordern. Sie hätte damit leichtes Spiel, wenn es ihr gelänge, die Partei auf jenes taktische Konzept einzuschwören, das sich auf eine für die SPD günstigere Machtverteilung im Rahmen der Großen Koalition konzentriert und beschränkt. Sie müßte scheitern, wenn sich innerhalb der Sozialdemokratie jene Kräfte durchsetzen, die diesen Pseudoaktivismus ablehnen und statt dessen die gesellschaftspolitische Funktion der Partei in der progressiven Lösung sozialer Konflikte und materieller politischer Probleme sehen. Eine objektive Beurteilung des Nürnberger Parteitages der SPD wird sich an der politischen Substanz jener Beschlüsse zu orientieren haben, die den gesellschaftspolitischen Standort der Partei deutlich werden lassen. Im innenpolitischen Bereich stehen dabei die Fragen des Notstandsrechts, der Manipulation des Wahlrechts und der qualifizierten Mitbestimmung im Vordergrund. Die Ergebnisse des Parteitages zeigen hier ein heterogenes Bild. Nach einer mehrstündigen Debatte zur Notstandsfrage siegten Ministermannschaft und Parteiführung; gegen 87 Stimmen erwirkten sie einen Beschluß, der ihnen freie Hand läßt, zusammen mit den Unionsparteien einem Gesetz zuzustimmen, das im wesentlichen dem derzeitigen Regierungsentwurf für die Notstandsverfassung entspricht. Der sogenannte Grundsatzkatalog, den zu beachten der SPD-Bundestagsfraktion vom Parteitag aufgetragen wurde, bringt keine einschneidenden Änderungen gegenüber dem mit der CDU/CSU bereits ausgehandelten Kompromiß. Damit ist die SPD — entgegen dem eindringlichen Appell des DGB an den Parteitag — endgültig aus der Front der Kräfte ausgeschieden, die eine Verabschiedung der Notstandsgesetze aus grundsätzlichen demokratischen Erwägungen verhindern wollen. Weniger

günstig für die Parteispitze gestalteten sich die Entscheidungen des Parteitag in Sachen Wahlrecht und Mitbestimmung. Die SPD-Bundestagsfraktion wurde aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung der Montanindustrie auf die Großbetriebe der übrigen Wirtschaft einzubringen. Mit dem Beschluß, vor einer Änderung des Wahlrechts müsse ein ordentlicher SPD-Parteitag diese Frage beraten, wurde eine Wahlrechtsreform noch in dieser Legislaturperiode zumindest außerordentlich erschwert — wemgleich nicht völlig ausgeschlossen werden kann, daß durch eine Vorverlegung des für 1970 geplanten Parteitages noch Manipulationen des Zeitplanes möglich sind.

Es sind in den Tagen und Wochen nach dem Parteitag weitschweifige Spekulationen darüber angestellt worden, welche tatsächliche praktische Bedeutung den Beschlüssen zur Mitbestimmung und zur Wahlrechtsreform zukomme. Natürlich wird man nicht übersehen können, daß eine halbherzige gesetzgeberische Initiative der SPD-Fraktion zur Mitbestimmung, vor der Wirtschaftsminister Schiller und sein Staatssekretär Arndt unter Hinweis auf die angeblichen Prioritäten konjunkturellen Wohlverhaltens glaubten warnen zu müssen, am harten Nein der CDU/CSU scheitern muß. Auch wäre es wenig realistisch, ignorieren zu wollen, daß Wehner und Schmidt allein schon das Versäumnis des Parteitages, die Beibehaltung des Verhältniswahlrechtes nicht grundsätzlich gefordert zu haben, als bedeutenden Erfolg buchen. Dieses Versäumnis eröffnet ihnen die Möglichkeit, Manipulationen der Wahlgesetzgebung — etwa nach dem Schema der Vierer-Wahlkreise — vorzubereiten, die im Prinzip der Wirkungsweise des Mehrheitswahlrechts entsprechen: garantiert wäre die Ausschaltung kleinerer Parteien aus dem parlamentarisch-politischen Raum bei gleichzeitiger Entschärfung der von der SPD ge-

fürchteten harten Konsequenzen des reinen Mehrheitswahlrechts auf die Größe ihrer Fraktion.

Trotz all dieser Überlegungen, die von den offenkundigen Versuchen der SPD-Spitze ausgehen, bestimmte Resultate des Parteitages politisch auszuhöhlen und propagandistisch abzuwerten, läßt sich die Auffassung fundieren, daß in Nürnberg von einer starken Gruppierung der Versuch unternommen wurde, die so oft apostrophierte Profilierung der Partei nun endlich auch im politischen Entscheidungsraum durchzusetzen. Daß es sich dabei noch um eine äußerst instabile Gruppe handelt, deren reales politisches Gewicht darunter leidet, daß ein großer Teil ihrer Anhänger von Fall zu Fall schwankte und bei bestimmten Entscheidungen zu anderen Flügeln des Parteitages fluktuierte, ist an den oft höchst widersprüchlichen Abstimmungsergebnissen zu Sachfragen und bei der Wahl des Vorstandes abzulesen. Diese Schwäche ist sicher nicht allein mit organisatorischen Methoden zu überwinden. Sie resultiert vor allem aus dem Fehlen einer klaren theoretischen Analyse der Gesellschaft und des Standorts der SPD in ihr. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Nichtexistenz eines umfassenden Konzepts für die Demokratisierung der SPD und der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Dieser Mangel an analytischer Klarheit und einem homogenen politischen Konzept wurde am stärksten in der Diskrepanz deutlich, die daran besteht, daß auf der einen Seite die Manipulation des Wahlrechts von der Mehrheit abgelehnt und eine qualifizierte Mitbestimmung gefordert, andererseits aber durch eine beträchtliche Majorität des Parteitages die Notstandsgesetzgebung bejaht wurde. Hier ist von einer großen Zahl durchaus oppositionell gestimmter Delegierter offenkundig nicht erkannt worden, daß zwischen diesen drei Problemkreisen eine sachliche und gesellschaftliche Interdepen-

denz besteht, die nicht hätte mißachtet werden dürfen. Denn es ist ein Widerspruch, das Machtmonopol der herrschenden Schichten durch Mitbestimmung brechen und der Versteinerung der politischen Strukturen durch die Ablehnung der Wahlrechtsmanipulation begegnen zu wollen, gleichzeitig aber durch eine grundsätzliche Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung gerade diese bestehenden Machtapparaturen zu perfektionieren und gegen demokratische Umgestaltung abzuschirmen. Es läßt sich unschwer voraussagen, daß dieser Notstandsbeschuß des Parteitages die Entschließungen in der Mitbestimmungs- und Wahlrechtsfrage nicht nur theoretisch, sondern auch in ihrer praktisch-politischen Bedeutung abwerten wird. Das Instrumentarium des Notstandsrechts gibt den herrschenden Kreisen Vollmachten in die Hand, mit denen sie die Verwirklichung alternativer gesellschaftspolitischer Vorstellungen notfalls mit Gewalt unterdrücken können.

Die linke — und das heißt bis zu einem gewissen Grade noch an sozialistischen Zielvorstellungen orientierte — Opposition auf dem Nürnberger Parteitag ist an der Aufgabe gescheitert, den Delegierten, der SPD-Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die großen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft einen neuen, demokratischen Inhalt der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft erfordern. Die Bundesrepublik braucht eine politische Führung, die nicht den größten Teil ihrer Energie auf das Zustandekommen bürokratischer Scheinlösungen verwendet, die weder die sozialen Konflikte lösen noch jenen „Schritt ins nächste Jahrzehnt“ vorbereiten können, von dem die „Sozialdemokratischen Perspektiven“ schwärmen. Das klarmachen zu wollen — und an ehrlichen Versuchen in dieser Richtung hat es in Nürnberg wahrlich nicht gefehlt — verlangt jedoch die kompromißlose und offene Absage an das Konzept von der sozialdemokrati-

schen Volkspartei, die allen Klassen und Schichten — vom Industriearbeiter, dessen Arbeitsplatz von den Auswirkungen der Automation bedroht ist, bis zum Großindustriellen, der in der Mitbestimmungsforderung die Bedrohung seiner Privilegien sieht — attraktiv, wählbar und regierungsfähig erscheinen möchte. Diese Konsequenz ist in Nürnberg nicht ernsthaft genug diskutiert worden. Neben taktisch motivierten Hemmungen ist auch dafür das Fehlen einer klaren theoretischen Analyse entscheidend gewesen. Zahlreiche Oppositionelle in der SPD übersehen offenbar, daß sich die Partei in dem Maße, wie sie die vermeintlichen Interessen des „ganzen Volkes“ zu den ihren macht, immer stärker in den Staats- und Machtapparat integriert, der die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse lediglich reflektiert, ohne sie beherrschen und verändern zu können.

Die Identifizierung der SPD mit dem „Ganzen“, dem Bestehenden also, fand ihren drastischen Ausdruck in der Bildung des Regierungsbündnisses, mit den Unionsparteien. Dies war die Krönung eines Prozesses, der mit der Wandlung der Sozialdemokratie zur Volkspartei vor vielen Jahren begonnen hatte; die Bejahung der Wehrgesetzänderung des Grundgesetzes, das auf spezifisch sozialistische Programmatik weitgehend verzichtende Godesberger Programm und Wehners Verkündung einer gemeinsamen Außenpolitik mit der Union markierten wichtige Etappen dieser Entwicklung. Dieser Prozeß der Adaptation — die hier nicht als bloße Anpassung definiert werden soll, sondern durchaus die Absicht einschließt, durch generelle Unterordnung bestimmte Einzelfragen im Sinne eigener Vorstellungen lösen zu können — führte zwangsläufig zur Bewegungsunfähigkeit der SPD in allen grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen. Delegierte und Mitglieder, denen die Ministermannschaft in Nürnberg einreden wollte, sie drücke der politischen

Aktivität der Großen Koalition ein sozialdemokratisches Signum auf, müssen im politischen Alltag der Bundesrepublik jedoch erfahren, daß keine der großen Aufgaben, die Wehner als Begründung für den Eintritt der Partei in die Große Koalition gedient hatten, gelöst oder einer Lösung auch nur entscheidend näher gebracht wurde. Die Verschuldung der öffentlichen Hand und die Gemeindefinanzreform, die Strukturkrisen bei Kohle, Stahl und in der Landwirtschaft, die Bildungsreform und die soziale Problematik der modernen technologischen Entwicklung, aber auch die notwendige Neuorientierung der Ostpolitik und die Ausarbeitung einer eigenen Bonner „Friedensstrategie“ — all diese Ziele scheitern am Immobilismus der Großen Koalition, die damit beschäftigt ist, ihr Unvermögen zu materiellen und progressiven Problemlösungen durch Scheinaktivitäten zu kaschieren und ihr Machtmonopol gegen Außenseiter abzusichern. Nur auf diesem Sektor, der sich mit den Interessen der Unionsparteien und der SPD-Spitze deckt und gemeinhin als Festigung der demokratischen Ordnung umschrieben wird, sind die einzigen greifbaren Ergebnisse in Sicht: die Notstandsgesetzgebung und die grundsätzliche Einigung der Führungsgremien über die Notwendigkeit einer die Machtstrukturen verhärtenden Wahlrechtsmanipulation. Die eindeutig restaurative Zielrichtung gerade dieser Maßnahmen, die nur der Festigung des Apparates, in keiner Weise aber der Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben dienen, kennzeichnet die verhängnisvolle Rolle dieses Regierungsbündnisses.

Die SPD-Führung war in Nürnberg sehr darum bemüht, Delegierte, Mitglieder und Öffentlichkeit nicht zum Verständnis dieser fatalen Situation kommen zu lassen. Sie leistete Erstaunliches, wenn es ihr darum ging, unzufriedene oder oppositionell eingestimmte Genossen von der behaupteten Unentbehrlichkeit

und der reformerischen Initiative ihrer Minister in der Bundesregierung zu überzeugen. Brandts Erklärungen zur Oder-Neiße-Frage, Helmut Schmidts Vorschlag über den Austausch von Generalbevollmächtigten zwischen Bonn und Ostberlin, die Befürwortung des Atomwaffensperrvertrags gehören in diesen Zusammenhang. Kiesinger, Heck, Barzel und andere führende Unionspolitiker haben darauf mit Gelassenheit reagiert, weil sie die auf innerparteiliche Beschwichtigung abzielende Funktion dieser Erklärungen erkannten und goutierten. Innenminister Lücke, der weniger gute Nerven hatte und die Wahlrechtsentscheidung des Parteitages zum Anlaß seines auf Raten vollzogenen Rücktritts nahm, mußte sich von seinen eigenen Parteifreunden naives politisches Verhalten vorwerfen lassen. Diese Leute waren sich mit Kiesinger darin einig, daß es keinen Grund gibt, die Wahlrechtsfrage zur Schicksalsfrage der Großen Koalition hochzuspielen, solange sie der prinzipiellen Treue der SPD-Minister zu den Koalitionsvereinbarungen sicher sein können, zu jenen Absprachen also, in die sich nach Wehners eigenem Zeugnis sowohl Brandts Erklärungen zur Grenzfrage als auch die für die Vorstandstaktiker offenbar sehr ausdeutungsfähige Wahlrechtsentschließung einordnen lassen. Wehner erklärte nach Lückes Rücktritt, das „Menschenmögliche“ versucht zu haben, um den Minister im Amt zu halten. Diese definsive Attitude läßt ahnen, daß er seinem Nachfolger noch weniger Schwierigkeiten machen wird.

Es besteht also kein Grund, gewisse verbale Konzessionen des Vorstandes, die von der oppositionellen Grundstimmung des Nürnberger Parteitages erzwungen wurden, als substantielle politische Erfolge der Linken oder gar als Beginn einer Neuorientierung der SPD auszudeuten. Man darf auch nicht übersehen, daß ein Teil der Unruhe unter den Delegierten nicht so sehr aus ihrer

eigenen Einschätzung der Lage des Staates und ihrer Partei resultierte, sondern eine Reaktion auf politische Aktivitäten im außerparlamentarischen Raum war. Trotz aller Versuche der rhetorischen Bewältigung dieses Phänomens, die insbesondere vom Nachwuchs im Führungsapparat der SPD absolviert wurden, blieb der Eindruck tiefer Verständnislosigkeit gegenüber den gesellschaftspolitischen Antrieben und Zielen gerade der sozialistisch profilierten außerparlamentarischen Opposition haften. Wenngleich die Mehrheit der Delegierten die Westberliner Methode, sozialistische Opposition in den eigenen Reihen durch Ausschlußverfahren zu eliminieren, keineswegs billigte, so herrschte dennoch die Tendenz vor, die Rückbesinnung auf sozialistische Alternativvorstellungen zu unterdrücken, weil sie geeignet sind, das Image von der Volkspartei zu zerstören. Bleibt es bei diesem Mißverständnis der eigenen Funktion in diesem Staate, dann wird die Sozialdemokratische Partei vollends zu einer Organisation werden, die ihren Frieden mit dem politischen Status quo der Bundesrepublik gemacht hat und als potentielle Trägerin notwendiger Veränderungen an der Basis und im ideologischen Uberbau dieser Gesellschaft ausfällt.

Noch spricht vieles dagegen, daß sich Helmut Schmidts Hoffnung, das Ja einer knappen Parteitagmehrheit zur Großen Koalition möge das „Ende der Diskussion“ innerhalb der SPD bringen, tatsächlich erfüllen wird. Noch gibt es ein einigermaßen lebendiges sozialistisches Element in dieser Partei, das sich nicht allein auf den Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft, sondern in wachsendem Maße auch auf progressive intellektuelle Kreise innerhalb und an der Peripherie der SPD stützen kann. Unverkennbar positiv ist auch der Einfluß einiger Gewerkschaften, die sich in realer Einschätzung der gesellschaftspolitischen Entwicklung um ein Bündnis mit fortschrittlichen Wissenschaftlern aller Disziplinen bemühen, auf die Sozialdemokratie. Den theoretischen Einsichten und politischen Forderungen dieser Kreise muß sich die Linksopposition innerhalb der SPD offenhalten, wenn sie ihr Gewicht gegenüber dem bürokratisierten Führungsapparat verstärken will. Die Bundesrepublik bedarf neuer demokratischer Strukturen, die es möglich machen, die politischen und sozialen Konflikte offen auszutragen. Nur so kann sie einer krisenhaften Entladung der heute unterdrückten Widersprüche entgegen.

Horst Heiden